

Medienkonferenz vom 7.1. 2020
«Sterben auf dem Mittelmeer stoppen»

Ich danke meinen langjährigen Kollegen der Kirche für ihr unermüdliches Engagement. Anstoss zur Seenotrettungspetition gaben mir vor einem Jahr die Waldenser in Italien, die sich seit dem frühen Mittelalter konsequent für die Bedürfnisse der Benachteiligten einsetzen. Die italienischen Waldenser haben es vor einem Jahr doch tatsächlich geschafft, bei Salvini das Einverständnis zu erwirken, aus Seenot gerettete Flüchtende aufzunehmen. Hut ab! Dann müsste das auch in der Schweiz möglich sein - dachte ich. Aber entweder habe ich bis jetzt unsere Kraft überschätzt oder die Härte unserer Regierung unterschätzt. Das Migrationssekretariat würgt unsere doch sehr bescheidene Bitte mit den immergleichen Begründungen ab.

Da mögen einige sagen, hinter diesem bescheidenen Anliegen stecke eine unendliche Reihe von weiteren, tiefer greifenden Forderungen. Z.B. diejenige nach einem flächendeckenden Seenotrettungsdienst, nach dem Abbruch der Zusammenarbeit mit der mafiösen libyschen Küstenwache und der Frontexpolitik. Dahinter stehe gar die Forderung nach sicheren und legalen Fluchtwegen. «Wollen Sie denn die Grenzen für alle mittellosen Ausreisewilligen öffnen?», ist eine Frage, die mir in fast jedem Interview gestellt wird. Ich möchte diesmal die Antwort des Flüchtlings Ai Weiwei (in einem am 31.12, 19 veröffentlichten Tagesanzeiger-Interview) anführen: «Die Europäer haben keine Ahnung, wie hart der Kampf ums Überleben sein kann». Die Optik der Europäer (wir sind am Limit der Aufnahme) und diejenigen der ZwangsmigrantInnen (wir haben in der Heimat keine Perspektiven) stehen sich diametral entgegen. Diesen Widerspruch für beide Seiten befriedigend zu lösen wäre die eigentliche migrationspolitische Aufgabe. Das ist meine Einsicht aus 35 Jahren Engagement im Migrationsbereich.

Immerhin ermöglichen ein paar italienische Gerichtsentscheide die erneuten Seenotrettungsversuchen von Freiwilligen im Mittelmeer. Hier in der Schweiz jedoch will man von einer solidarischeren Aufnahmepolitik immer noch nichts wissen, obwohl man eigentlich um deren Notwendigkeit bestens weiss. Obwohl man um die riesige Zahl der Opfer unserer Abwehrpolitik weiss. Auch die Landeskirchen wissen davon. Je schneller desto besser wäre der Schritt vom Wissen zur Tat.

Anni Lanz, Basler Solinetz, 1.1. 2020, (079 679 57 09)